

**Fest der LINKEN.
Lichtenberg**
3. September 2013
15 – 18 Uhr
Anton-Saefkow-Platz



Foto: Sebastian Schlüsselburg

DIE LINKE wirbt im Wahlkampf mit Inhalten. Am 20. Juli haben viele fleißige Helfer die Wahlplakate vorbereitet, die jetzt in den Straßen zu sehen sind.

Solidarisch geht's besser

Das ist das Motto von Gesine Lötzsch zur Bundestagswahl. Es bringt die zentrale Auseinandersetzung – auch hier in Lichtenberg – auf den Punkt. Denn anders als die anderen Parteien uns glauben machen wollen: Es geht um viel!

Die Armut ist laut DIW zwischen 2000 und 2010 von 10,6 Prozent auf 15,3 Prozent gestiegen. Allein der Anteil der Arbeitslosen, die unter der Armutsgrenze leben müssen, hat sich zwischen 2004 und 2009 von 41 auf 70 Prozent erhöht.

Beschämend für ein reiches Land wie Deutschland ist der Anstieg der Kinderarmut – in Berlin ist jedes dritte Kind betroffen. Und ein Blick in die Mitte der Gesellschaft zeigt: Nur in Bulgarien und Rumänien ist laut EU-Angaben die Einkommenskluft zwischen dem oberen und unteren Fünftel der Einkommen noch größer geworden.

Diese Entwicklung war und ist politisch gewollt. Der Armutsforscher Michael Hartmann nennt vor allem zwei Maßnahmen der SPD/Grüne-Regierung von Gerhard Schröder als Ursache: die Hartz-Reformen und die Reduzierung der Steuern für Unternehmen und bei hohen Einkommen. Der Weg für einen staatlich subventionierten Niedriglohnsektor wurde durch die Agenda 2010 geebnet. Der Druck auf die Durchschnittslöhne hat

enorm zugenommen. Ländern und Kommunen fehlt das Geld für Bildung, Bibliotheken, Jugendklubs und Seniorenheime.

Der LINKEN wird oft vorgeworfen, unrealistische, ja sogar revolutionäre Forderungen zu stellen. Ist das so?

Nein, unsere Forderungen sind nicht revolutionär – sie sind eine Selbstverständlichkeit! Gleiche Renten in Ost und West, eine Mindestrente von 1050 Euro, bezahlbare Mieten und eine solidarische Gesundheitsversicherung, eine menschenwürdige, soziale Mindestsicherung, eine Millionärsteuer und ein gesetzlicher Mindestlohn von 10 Euro müssen selbstverständlich sein! Das Verbot von Waffenexporten und ein Ende der Auslandseinsätze sowieso.

Für diese Selbstverständlichkeiten kämpfen wir. Unser Wahlkampf wird leidenschaftlich! Wir setzen auf das persönliche Gespräch. „Direkt gewählt – direkt erreichbar!“ So ist die DIE LINKE, so ist Gesine Lötzsch! Jederzeit und nicht nur kurz vor Wahlen.

Deshalb: Erststimme für **Gesine Lötzsch**, Zweitstimme für **DIE LINKE!** Der Bundestag braucht Druck von links. Und auch aus der Opposition heraus kann man gestalten. Das zeigen schon die Mindestlohndebatte und die abgeschaffte Praxisgebühr.

Sebastian Schlüsselburg

Einfach! Schnell! Erledigt!

Am 22. September finden die Wahlen zum Deutschen Bundestag statt. Viele wissen heute bereits, wen sie wählen wollen, aber sie sind am Wahltag verhindert, oder der Weg zum Wahllokal ist ihnen zu beschwerlich.

Kein Problem. Geben Sie schon jetzt Ihre Stimme per Briefwahl für DIE LINKE ab. DIE LINKE hilft dabei. Es gibt keine Stimme zu verschenken.

Sie können sich die Briefwahlunterlagen vom Bezirkswahlamt zusenden lassen. Für die Beantragung haben Sie folgende Möglichkeiten: elektronisch beim Landeswahlamt oder vor Ort persönlich oder per E-Mail beim bezirklichen Wahlamt oder per Post den Antrag formlos stellen oder den Vordruck auf der Rückseite der Wahlbenachrichtigung vollständig ausfüllen, unterschreiben und an das zuständige Bezirkswahlamt senden. Das geht auch per Fax.

Gern unterstützt Sie dabei die Geschäftsstelle der Lichtenberger LINKEN.

Sind die Briefwahlunterlagen angekommen, dann ist alles ganz einfach: Zwei Kreuze an LINKER Stelle, dann den Stimmzettel in den Wahlumschlag stecken und mit dem Wahlumschlag in den größeren Briefumschlag. Diesen unfrankiert in den Postbriefkasten einwerfen oder beim Bezirkswahlamt abgeben. Das dauert nicht lange und sorgt für eine starke LINKE im Deutschen Bundestag.

Wer keine Briefwahl machen will und am Wahltag Unterstützung oder Begleitung für den Besuch des Wahllokals braucht, der wende sich an DIE LINKE. Lichtenberg. Sie bietet Fahrdienste und Begleitung zum Wahllokal an.

Michael Grunst, Bezirksvorsitzender der LINKEN. Lichtenberg

Wahlzeitung verteilen!



Die Wahlzeitung ist fertig. Sie ist das wichtigste Wahlkampfmittel. Aber nur dann, wenn sie an vielen Orten verteilt wird. DIE LINKE. Lichtenberg sucht fleißige Helfer! (→ Artikel Seite 5)



Das Beste von allen

Das Wahlprogramm der Partei DIE LINKE ist ein kämpferisches Programm für soziale Gerechtigkeit.

In der Nacht vom 15. zum 16. Juni, genau um 00:15 Uhr, beschlossen die Delegierten des Parteitag in Dresden das Wahlprogramm, mit dem DIE LINKE in den Bundestagswahlkampf gehen wird. Es war ein hartes Ringen um das beste Programm aller Parteien.

Ist es das auch geworden? Die Chancen stehen gut. Natürlich versprechen zurzeit alle mehr Gerechtigkeit. Das ist so in Wahlkampfzeiten. Bleibt die Frage, warum in den Jahren unter Rot-Grün, Schwarz-Rot und Schwarz-Gelb die Ungerechtigkeiten immer größer wurden.

In den vergangenen Jahren gab es nicht einen Antrag, nicht einen Vorschlag der LINKEN, der nicht auf mehr soziale Gerechtigkeit und Ausweitung sozialer Grundrechte, auf Konfliktlösung ohne militärische Mittel und gerechtere Verteilung von Reichtum gezielt hat. Die wurden zwar abgelehnt, aber einige Ideen feierten Auferstehung in Anträgen anderer Parteien. Zum Beispiel die Abschaffung der Praxisgebühr.

DIE LINKE und zuvor die PDS haben schon über Mindestlohn, höhere Besteuerung des Reichtums, über Mietpreisbremsen und Rekommunalisierung geredet, während alle anderen Parteien im Bundestag in unterschiedlichen Koalitionen die Reichen und

großen Unternehmen steuerlich entlasteten und Banken durch Gesetze hofierten. Die Kommunen wurden mehr und mehr belastet, einige weichgespülte Gesetze sorgten für ein bisschen mehr Umwelt- und Verbraucherschutz, die Rüstungsausgaben stiegen, an Bildung wurde gespart, die Zahl prekärer Beschäftigungsverhältnisse stieg.

Das Wahlprogramm der LINKEN unterbreitet Vorschläge, wie wirklich mehr Gerechtigkeit hergestellt werden kann. DIE LINKE will

- eine solidarische Mindestrente von 1050 Euro,
- die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns von 10 Euro die Stunde,
- die Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 53 Prozent,
- die Abschaffung von Hartz IV und, in einem ersten Schritt, sowohl die Abschaffung aller Sanktionen als auch die Anhebung der Hartz-IV-Sätze auf 500 Euro,
- die Finanztransaktionssteuer und eine europaweit einmalige Abgabe auf Vermögen über ein Million Euro und
- die Rücknahme der Rente erst ab 67.

DIE LINKE will als einzige Partei den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan und einen Stopp aller Waffenexporte.

Das Wahlprogramm trägt den Titel „100 Prozent sozial“. Und was drauf steht, ist auch drin. Es gilt, den Menschen zu vermitteln, dass es immer besser ist, das Original zu wählen, wenn man schon die Wahl hat, und möchte, dass es künftig gerecht zugeht.

● **Das vollständige Wahlprogramm unter** www.die-linke.de/wahlen/wahlprogramm



Die Lichtenberger Direktkandidatin der LINKEN Gesine Löttsch warb auf der „Fiesta de Solidaridad“ am 27. Juli in der Parkaue für das Wahlprogramm der LINKEN. Die Fiesta, organisiert von der AG Cuba Sí, stand in diesem Jahr im Zeichen der Solidarität mit den ALBA-Staaten und erinnerte an den 60. Jahrestag des Sturms auf die Moncada-Kaserne.

KOMMENTIERT

Überflüssig

Mit einem Mix aus Ideenklau bei der LINKEN, recycelter eigener, aber stets gebrochener Versprechungen sowie de facto einer Distanzierung vom eigenen Parteienkurs mühen sich momentan in Lichtenberg die Bewerber um ein CDU- bzw. SPD-Hinterbank-Mandat, DIE LINKE links zu überholen. „Persönlich“ sei man nämlich für guten Mindestlohn, für auskömmliche und gerechte Renten, für die Schließung der sozialen Schere und, und, und. Nur dass das in ihren Parteien nicht durchsetzbar sei ...

Auch das belegt, dass um das Soziale ein regelrechter Wettbewerb ausgebrochen ist. Was nicht schlecht sein muss, wenn es auf allen Seiten ein ernsthaftes Ringen um eine soziale und solidarische Gesellschaft gäbe. Dass es aber CDU und auch SPD darum geht, darf getrost bezweifelt werden. Denn wenn sie das wirklich wollen – warum schlagen sie dann so strikt jegliche Zusammenarbeit mit der LINKEN aus? Der Kraft, die viele mach- und bezahlbare sozialpolitische Alternativen auf den Tisch gelegt hat? Aus denen man sich jetzt sogar mitunter selbst bedient?

Die Antwort ist klar: Weil das Soziale immer mehr die wahlpolitische Erwartungshaltung der Bevölkerung bestimmt, will man diese Problematik von der LINKEN lösen. Denn in allen Umfragen werden die sozialen Themen als Domäne der LINKEN verortet. Wenn CDU und SPD – so das Kalkül – jetzt auf sozialpolitische Beutefahrt bei der LINKEN gehen, wozu dann noch DIE LINKE? So mutiert bei den beiden Volksparteien soziale Gerechtigkeit von einem Volksanliegen zur Wahlkampfkeule gegen DIE LINKE.

Doch das Kalkül ist falsch. Denn nur weil DIE LINKE so konstruktiv dem Neoliberalismus entgegentritt, erscheinen soziale Gerechtigkeit und Sicherheit als erreichbar und sind Hauptforderungen an die Politik.

Bei der Bundestagswahl steht also zur Entscheidung an, diese Kraft und ihr Druckpotenzial zu stärken, oder denen auf den Leim zu gehen, die bis zum 22. September unablässig Kreide fressen und sich dann erneut in Gedächtnisverlust üben werden.

Peter-Rudolf Zotl

Die couragierte Einmischerin



Foto: Norman Wolf

Rosi Heyer und der Autor dieses Artikels begegneten sich erstmals vor vielen Jahren bei einer öffentlichen Auseinandersetzung mit der Journalistin Anneta Kahane. Gegenstand war eine Ausstellung zum Thema „Antisemitismus in der DDR“, zu der Frau Kahane junge Leute – vorsichtig ausgedrückt – animiert hatte. Wir beide meinten sogar, die jungen Leute seien regelrecht instrumentalisiert worden, und das machten wir auch öffentlich klar.

Mehrfach erlebte ich Rosi in der Lichtenberger BVV, als sie sich in der Bürgersprechstunde couragiert für Seniorenschwimmen in unseren Volksschwimmhallen einsetzte. Sie zog das monatelang unbeirrt durch – und war letztlich erfolgreich. Auch „info links“ wird von ihr keineswegs „verschont“, wenn sie meint, etwas aktiv vertreten oder vorantreiben zu müssen. So ist bei Redaktionssitzungen oder Tagungen von Vorständen, die ohnehin öffentlich sind, schon mal mit ihrem Auftauchen zu rechnen.

Direktheit als Zumutung?

So scheint diese Genossin manchmal für manchen „Funktionär“ eine Zumutung zu sein. Andererseits verdeutlicht vielleicht gerade ihre unmittelbare, unerschrockene und beharrliche Streitbarkeit innerhalb und außerhalb der LINKEN auch ein Stück ihres Wirkgeheimnisses selbst.

Jochen Rakowski (23) bewundert die ein halbes Jahrhundert länger als er politisch

Rosemarie Heyer (selbstverständlich links) mischt sich ein und macht mit: Hier ist sie zu sehen, wie sie Tomatenpflanzen der Sorte Harzfeuer am Lichtenberger Ringcenter an die Frau bringt.

erfahrene Aktivistin seiner Basisgruppe: „Sie macht den Mund innerhalb und außerhalb der Partei auf.“ Die Menschen spüren die unmittelbare geradlinige Ehrlichkeit, von der sie hoffen, dass das auch in die Partei und in die Politik überhaupt hineinwirkt.

Macht streiten Spaß?

„Ärgerst Du Dich gern? Streitest Du gern, macht Dir das Spaß?“

„Wieso?“, kommt postwendend die Gegenfrage. Und nach einer Pause des Nachsinnens: „Wenn mir etwas auffällt, muss ich das klären, da kann ich nicht anders.“

Aus ihr spricht die sowohl gelernte wie gelebte sozialistische Lehrerin (1954 bis 1997), die davon überzeugt ist, dass es keine „dummen“ Fragen gibt. „Ich weiß, dass ich störe“, erklärt die kommunalpolitische Kümmerin, die von der Müllschluckerproblematik bis zum Bündnis für Demokratie und Toleranz zahlreiche Felder unverdrossen beackert. „Aber“, so fügt sie an, „auch wenn es nicht gleich so aussieht: Ich brauche, suche Harmonie! Anfangs ärgere ich mich schon, aber wenn ich dann im Gespräch bin, eine Lösung möglich scheint, will ich sachlich vorankommen. Das macht Spaß, ja!“

Bloßes Meckern war ihr schon zu DDR-Zeiten suspekt. „Sie ist gewissermaßen das Tageblatt unseres Kiezes“, so beschreibt Werner Döring von der WGLI-Kiezvertretung Friedrichsfelde Süd Rosi Heyer. „Sie geht eben nicht schlechthin durch die Straße und bemerkt so manches, was nebensächlich scheint. Sie nimmt auf, was ihr entgegengebracht wird, und packt es an.“

So entstanden die Müllschluckeraktionen, so rückt sie seit drei Jahren der ungeklärten Situation rund um das Dolgensee-Center hartnäckig zu Leibe.

Von der Kümmerin zur Einmischerin, darüber kann auch Jürgen Schulz vom Lyra e.V. im wahrsten Sinne des Wortes ein Lied singen. Rosi Heyer sang nicht nur fünf Jahre lang im Lyra-Chor, sondern bewerkstelligte für dessen Interessen auch schon mal die Besetzung der Taut-Aula während einer Tagung der BVV.

Und einer Frau, die treppauf, treppab allein 264 Unterschriften für das Energievolksbegehren einsammelte, ist es auch zuzutrauen, dass sie noch in diesem Jahr erfolgreich vor Ort eine Stellungnahme der BVG zum Verkehrsgeschehen um die Buslinie 396 bewirkt.

Joachim Pampel

Mitmachen! Spenden!

150 000-mal 5 Euro für die Wahlkampfkasse! DIE LINKE setzt auf viele kleine Spenden – wer Großspenden von Unternehmen bekommt und sich Veranstaltungen von Lobbyisten bezahlen lässt, setzt sich dem Verdacht aus, Klientelpolitik zu betreiben und seine Unabhängigkeit zu verlieren. Zur LINKEN passt das nicht!

Wenn es der Geldbeutel hergibt, kann man auch für eine Großfläche spenden – sozusagen als Geschenk für die Nachbarn, die dann morgens, wenn sie das Haus verlassen, sehen, was DIE LINKE für sie tun will.

Spendenkonto: Parteivorstand der Partei DIE LINKE, Konto-Nr.: 5 000 600 000, Berliner Volksbank eG, BLZ: 100 900 00, Kennwort: Spende. Bitte Namen, Vornamen und Anschrift angeben. Die Daten werden vertraulich behandelt. Oder einen **Scheck** an: Parteivorstand DIE LINKE, Bundesschatzmeister, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin.

Spendenbescheinigungen auf Wunsch.



„Mich beeindruckt das Engagement“

Sandra Obermeyer wurde am 27. Juni zur neuen Stadträtin für Jugend und Gesundheit gewählt. Die promovierte Juristin aus Waltrop (NRW) trat damit die Nachfolge von Christina Emmrich an. Für „info links“ sprach Norman Wolf mit ihr.

● **Wie neu sind die Themen „Jugend und Gesundheit“ für dich, und welche großen Herausforderungen siehst du auf diesem Gebiet in Lichtenberg?**

Ich bin von meinem beruflichen Hintergrund eher eine Allrounderin, besonders durch meine Tätigkeit im Querschnittsthema Gleichstellungspolitik. Da gibt es inhaltliche Berührungspunkte besonders zum Bereich Jugend, z. B. beim Dauerbrenner-Thema der Kinderbetreuung. Dass ich nun in laufende Prozesse quasi „quer einsteige“ hat den Vorteil, dass ich Diskussionen – zum Beispiel darüber, wo in welcher Weise gespart werden soll – noch ein wenig unvoreingenommen und in diesem Sinne sachlich wahrnehmen kann. Um wichtige wie auch komplexe Themen kompetent vertreten zu können, setze ich auf eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Mitarbeitenden der Bezirksverwaltung. Darüber hinaus kommuniziere ich mit den Fachleuten in der LINKEN und höre denen zu, die es angeht, also den Bürgerinnen und Bürgern, Eltern, Jugendlichen, denen, die Jugendfreizeiteinrichtungen, und Kitas leiten.

● **Die „Zählgemeinschaft“ aus SPD, CDU und Grünen hat bei der geplanten Über-**



Dr. Sandra Obermeyer (Mitte) mit den Bezirksvorsitzenden der LINKEN Evrim Sommer und Michael Grunst bei ihrer Nominierung als neue Stadträtin für Jugend und Gesundheit auf der Hauptversammlung der LINKEN.

tragung von vier Jugendfreizeitrichtungen in freie Trägerschaft auf Druck der LINKEN sowie der Kinder und Jugendlichen eine Kehrtwende vollzogen. Diese bleiben nun in kommunaler Hand, was jedoch mit Einsparungen im Jugendbereich einhergehen soll. Wo sind deiner Meinung nach Einsparungen tabu?

Im Jugendbereich werden Leistungen gewährt, die für die Gesellschaft und die betroffenen Menschen, insbesondere die Kinder und Jugendlichen immens wichtig sind, weil es hier auch um die Gewährleistung von Kinderschutz geht und auf die auch ge-

setzliche Ansprüche bestehen. Deren Erfüllung muss gewährleistet sein, möglichst ohne Abstriche. Bei den Jugendfreizeiteinrichtungen ist mir wichtig, dass das vielfältige Angebot erhalten bleibt und auch eine Infrastruktur, die von personeller Kontinuität und einem guten Verhältnis zwischen fachlicher und ehrenamtlicher Arbeit geprägt ist.

● **Welche Akzente willst du bei deiner Arbeit als Stadträtin setzen?**

Ich bringe das Engagement für Gleichstellung und Antidiskriminierung mit. Das ist auch für die Arbeit im Bereich Jugend eine wichtige Perspektive, die ich fortführen werde. Chancengleichheit spielt aber auch beim Zugang zu ärztlicher Versorgung und adressatengerechter Gesundheitsvorsorge eine Rolle. Diese Aspekte möchte ich kooperativ und bürgerinnen- und bürgernah und in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit den Fachleuten umsetzen.

● **Du wohnst in Wedding, hast aber Lichtenberg in den letzten Wochen schon besser kennen gelernt. Welchen Eindruck hast du vom Bezirk?**

Vor allem einen sehr freundlichen. Seit meinem Amtsantritt versuche ich möglichst viel vom Bezirk zu sehen, indem ich Termine nicht nur im Rathaus stattfinden lasse und mit dem Rad durch den Bezirk fahre. Lichtenberg hat recht verschiedene Gesichter, mal mehr, mal weniger großstädtisch und in Teilen grün und sogar dörflich. Mich beeindruckt besonders das Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger und die Freundlichkeit und Aufgeschlossenheit, mit der mir bislang viele Menschen begegnet sind.

+ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +

Preis für Bürgerstiftung

Die von der früheren Bürgermeisterin Christina Emmerich gegründete Bürgerstiftung Lichtenberg erhielt den Bürgerstiftungspreis 2013 der Nationalen Stadtentwicklungspolitik. Sie habe „die stimmige Kombination zahlreicher bemerkenswerter Projekte und Engagement zur Bildung benachteiligter Kinder bewiesen“, heißt es in der Begründung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. So konnten z. B. 100 Lichtenberger Kinder und Jugendliche ein Jahr lang unentgeltlich in einem Lichtenberger Verein ihrer Wahl aktiv sein.

www.buergerstiftung-lichtenberg.de/

Reiseziel Lichtenberg

„Lichtenberg ist eine Reise wert!“ Um weiter solche Eintragungen wie diese aus dem Schwarzwald im Gästebuch von www.berlin-fuer-entdecker.de zu gewährleisten, diskutierte der Wirtschaftsausschuss der BVV die Umsetzung der „Touristischen Leitlinien“, die 2007 von der LINKEN als Grundlage einer bezirklichen Tourismuswirtschaft etabliert worden sind.

Blutbuche gefällt

Die Blutbuche im Stadtpark Lichtenberg musste gefällt werden, da sich bei dem fünf Meter Umfang starken Baum Totholzbildung und Auflösungserscheinungen zeigten.

Leerstands-Posse

Seit sieben Monaten steht der ehemalige REWE-Supermarkt im Gensinger Viertel leer. Jetzt scheiterte der vom Eigentümer „Berlinovo Immobilien“ mit einem interessierten Discounter verhandelte Vertrag in letzter Minute.

Kein Hoch hinaus

Mit 17 000 m² Einzelhandelsverkaufsfläche meldete der Investor für das Projekt THE SQUARE (Konrad-Wolf-Straße) überdimensionierten Bedarf an. DIE LINKE unterstützt die vom Bezirksamt festgelegten 8 000 m² Höchstgrenze, damit der Einzelhandel im Umfeld erhalten bleibt.

Schnelle Hilfe wird gebraucht

Von Gesine Löttsch

Wir kamen von einer Exkursion zum Neubau des Schiffshebewerkes Niederfinow und waren voller neuer Eindrücke. Da hörten wir die Nachricht vom Brand der Coppi-Schule in Karlshorst.

In meinem Kopf liefen sofort zwei Filme ab. Ich erinnerte mich an meine eigene Schulzeit. Acht Jahre war das meine Schule. Frischer war die Erinnerung an meinen Besuch im Mai am Coppi-Gymnasium. Der Schulleiter Ulf Gosse zeigte Janneh Magdo aus unserer Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung, Sebastian Schlüsselburg vom Bezirksvorstand und mir die Räumlichkeiten in den verschiedenen Gebäuden der Schule. Trotz mancher Veränderungen seit meiner Schulzeit – die Baracke auf dem Hof ist durch einen modernen Containerbau ersetzt worden – dachte ich immer wieder: Das sieht ja aus wie damals ... Das traf auch auf die Turnhalle zu. Darum haben wir damals unsere Unterstützung für eine Sanierung zugesichert.

Und nun der Brand. Wie furchtbar! Glücklicherweise ist niemand verletzt worden. Zum Schulanfang wird es erst einmal eine Übergangslösung geben müssen, aber die

darf nicht von Dauer sein. Darum habe ich gleich einen Tag nach dem Brand einen Brief an die zuständige Senatorin geschrieben und sie um schnelle Hilfe gebeten.

Vor einigen Jahren ist ein sehr engagierter Kampf um den Erhalt des Coppi-Gymnasiums geführt worden. Damals gab es Unterstützung durch einen Bürgerentscheid. Jetzt werden vor allem Investitionsmittel gebraucht. DIE LINKE bleibt dran.



3. Juli 2013: Die Turnhalle des Hans-und-Hilde-Coppi-Gymnasiums am Römerweg steht in Flammen.

7,5 Millionen – das ist eine Aufgabe!

Anfang August ist die Wahlzeitung der LINKEN gedruckt worden. Mit einer sagenhaften Auflage von 7,5 Millionen Exemplaren ist sie das wichtigste Wahlkampfmittel, und das ist gut und richtig so. Warum?

Eine Zeitung zu verteilen ermöglicht immer auch, den direkten Kontakt zu den Wählerinnen und Wählern herzustellen. Und sei es nur mit dem einfachen Satz: „Hier können Sie lesen, was DIE LINKE sagt und tun will, sowohl im Bund als auch in unserem Bundesland.“

Auf den acht Seiten der Mantelausgabe stellt sich das Spitzenteam mit seinen Themen und Inhalten vor, dort gibt es Argumente und Fakten dafür, warum es besser ist, das Original zu wählen, wenn man soziale Gerechtigkeit will. Die beiden Parteivorsitzenden kommen zu Wort, ebenso Oskar Lafontaine, und Wählerinnen und Wähler begründen, warum sie sich für DIE LINKE entscheiden.

Eine ganze Seite ist einem aufrüttelnden Text des Schriftstellers Volker Braun gewidmet, der den Titel trägt „Die Mansfelder Artikel“ und den Untertitel „Von den gleichen Rechten aller“.

Doch die schönste Zeitung nützt nichts, wenn sie nicht zu denen kommt, die sie lesen sollen. Und dafür sollen und werden die Genossinnen und Genossen sorgen, die sich in diesem Wahlkampf aktiv engagieren.

Und ja, es hilft auch schon, wenn man nur fünf oder zehn Exemplare nimmt und sie den Nachbarinnen und Nachbarn im eigenen Haus in den Briefkasten steckt.

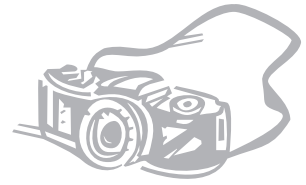
Die Lichtenberger Genossinnen und Genossen sind schon immer Spitze gewesen, wenn es um Verteilaktionen und Straßenwahlkampf ging. Davon lebt und profitiert auch die Zeitschrift „info links“.

Keine Frage also, dass die Wahlzeitung in Lichtenberg bei vielen Menschen ankommen und in vielen Briefkästen landen wird.

Wahlkampf-

Veranstaltungen

- **Montag, 12.8., 19 Uhr**
Forum zum Thema „Wohnen und Mieten“, mit Gesine Löttsch und Katrin Lomp-scher; Bibliothek, Anton-Saefkow-Platz
- **Dienstag 13.8., 19 Uhr**
Wählerforum mit Gesine Löttsch; Nachbarschaftshaus, Ribnitzer Straße 1B
- **Sonnabend, 17.8.**
Sommerfest KGA „Land in Sonne“, mit Gesine Löttsch; Wartenberger Straße 49
- **Sonntag, 18.8., 10–12 Uhr**
Frühschoppen mit Gesine Löttsch, **ab 12 Uhr:** Simultanschach-Veranstaltung „Eine gegen alle“, mit Gesine Löttsch; Klub „Magnet“, Strausberger Straße 5
- **Sonntag, 18.8., ab 14 Uhr**
Fahrradtour der LINKEN durch mehrere Berliner Bezirke; Treffpunkt am S-Bhf. Treptower Park
- **Montag, 19.8., 19 Uhr**
Wählerforum mit Gesine Löttsch; Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112
- **Dienstag, 20.8., 15–17 Uhr**
Gesine Löttsch präsentiert die Bundestagsausstellung; Linden-Center am Perower Platz
- **Dienstag, 20.8., 19 Uhr**
Kandidatenforum mit Gesine Löttsch; Katholische Kirchgemeinde, Malchower Weg 22–24
- **Sonntag, 25.8., 10 Uhr**
Frühschoppen mit Gesine Löttsch und Evrim Sommer; Kieztreff „Falkenbogen“, Grevesmühlener Straße 20
- **Dienstag, 27.8., 15 Uhr**
Podiumsdiskussion mit den Lichtenberger Bundestags-Direktkandidaten; Allee-Center, Landsberger Allee 277
- **Dienstag, 27.8., 18.30 Uhr**
Kandidatenforum des Wirtschaftskreises Hohenschönhausen/Lichtenberg; Hotel Andel's, S-Bhf. Landsberger Allee
- **Mittwoch, 28.8., 10 Uhr**
Podiumsdiskussion mit Gesine Löttsch; Max-Taut-Aula, Fischerstraße 36
- **Mittwoch, 28.8., 14 Uhr**
Podiumsdiskussion mit Gesine Löttsch; Gutenberg-Schule, Sandinostraße 10
- **ab 28.8. bis zur Bundestagswahl, immer mittwochs, 10 Uhr**
Wahlkampfbrühstück im Bürgerbüro; Ahrenshooper Straße 5
- **Dienstag, 3.9., 15–18 Uhr**
Zentrale Bezirkswahlkampfveranstaltung mit Gesine Löttsch und Gregor Gysi; Anton-Saefkow-Platz



Der Strom wird ein Berliner

Der Erfolg des Energie-Volksbegehrens sorgt in der Berliner Regierungskoalition aus SPD und CDU für Wirbel und führt zu widersprüchlichen Reaktionen. Zunächst verhinderte der rot-schwarze Senat, dass der Volksentscheid über die Rekommunalisierung am 22. September zusammen mit der Bundestagswahl stattfindet. Aus fadenscheinigen Gründen wurde der Energie-Volksentscheid auf den 3. November verschoben.

Die Absicht ist durchschaubar. Der Volksentscheid soll scheitern, weil sich zu wenig Bürgerinnen und Bürger daran beteiligen. Denn die Hürde liegt hoch: Für einen erfolgreichen Volksentscheid reicht nicht allein die einfache Mehrheit derjenigen, die abstimmen. Es müssen auch mindestens 25 Prozent der Wahlberechtigten für das Gesetz des Energietischs votieren, also etwas mehr als 600 000 Berlinerinnen und Berliner.

Dass die CDU alles tun wird, um einen Erfolg des Volksbegehrens zu verhindern, war zu erwarten. Erst jüngst erklärte ihre Wirtschaftssenatorin Cornelia Yzer, dass sie die Rekommunalisierung des Stromnetzes für Unsinn hält. Dass allerdings die SPD bei der Verschiebung mitmacht, lässt tief blicken.

Noch Mitte Juni hatte der Landesvorstand der Berliner SPD beschlossen, dass sich ihre Senatorinnen und Senatoren für eine Abstimmung am Tag der Bundestagswahl einsetzen sollen. Das Gegenteil geschah, und der Vorsitzende Jan Stöß teilte kleinlaut mit, es sei wichtiger, worüber als wann abgestimmt werde. Wenn es noch irgendeines Beweises bedurft hätte, was von den Ankündigungen des vorgeblichen „linken“ Frontmanns zu erwarten ist, dann wurde er hiermit erbracht.

Entsprechend berechtigt ist die Skepsis gegenüber den jüngsten Verlautbarungen der SPD, den Gesetzentwurf des Energietischs weitgehend übernehmen zu wollen. Denn die Neigung bei der CDU, aber auch bei sozialdemokratischen Senatsvertretern wie Wowerit und Nussbaum, ist eher gering, direktdemokratische Elemente bei der Besetzung von Unternehmensgremien ebenso zu bestätigen wie soziale Grundsätze für die Unternehmensführung.

Aufhorchen lässt zudem, dass durch die SPD plötzlich verfassungsrechtliche Bedenken artikuliert werden, die zuvor weder vom Senat noch von der SPD selbst – trotz monatelanger Kenntnis des Gesetzes – kamen. Werden hier dem Energietisch Konsequenzen angedroht, für den Fall, dass er sich dem Vorschlag der SPD widersetzt?

Spannend bleibt es allemal. Als DIE LINKE werden wir uns jedoch darauf vorbereiten müssen, nach dem Wahlkampf in einer weiteren Kampagne für die Teilnahme am Volksentscheid und ein „Ja“ zum Gesetzentwurf des Energietischs zu werben. Das wird nicht leicht, aber Bange machen gilt nicht. Vielmehr heißt es: Jetzt erst recht! Schon während des Wahlkampfes sollten wir für unsere Position werben.

Immer mehr Menschen sagen: Grundlegende Dinge wie Strom, Wasser, Nahverkehr gehören allen und nicht in die Hände von Konzernen. In vielen Städten werden Stadtwerke und Infrastrukturnetze wieder in eigener Verantwortung betrieben. Solange private Betreiber mit der Energieversorgung große Gewinne machen können, werden die Strompreise weiter steigen. Solange große Unternehmen wie Vattenfall die Netze besitzen, wird es keine umweltfreundliche Energiewende geben. Vattenfalls vorrangiges Interesse ist es, möglichst viel Strom aus ihren Atommeilern und Kohlekraftwerken abzusetzen.

Wir wollen umsteuern, hin zu erneuerbaren Energieträgern und einer dezentralen Stromerzeugung. Wir treten ein für die direkte demokratische Kontrolle der Unternehmen, gegen Stromsperrern und für bezahlbare Energiepreise. *Klaus Lederer*

Ein Fest der Lichtenberger LINKEN

Am 3. September wird die Sonne scheinen. Und wenn nicht, wird es trotzdem ein schöner Tag. DIE LINKE. Lichtenberg lädt ein zu einem Fest mit Musik, mit einem Kinderfest und Gewinnspiel, mit Gesprächen und Dis-

kussionen und natürlich auch mit kulinarischen Angeboten. Von 15 bis 18 Uhr sind alle willkommen, die Lust, Interesse und natürlich auch Zeit haben, auf den Anton-Saefkow-Platz zu kommen. Die Spitzenkandidatin der Partei DIE LINKE des Bezirks Lichtenberg, Gesine Löttsch, wird durch das Programm führen, andere befragen und selber Rede und Antwort stehen.

Falls dies den Kindern, von denen hoffentlich viele da sein werden, zu langweilig ist, können die derweil auf Hüpfburgen in die Luft gehen oder sich mit Hilfe von Schminke und viel Geschick in Fabelwesen verwandeln lassen.

Jetzt schon steht fest, dass um 17 Uhr Gregor Gysi kommt. Und fest steht auch, dass sich die Macherinnen und Macher der Zeitschrift „info links“ an einem eigenen Stand präsentieren werden, um mit den Leserinnen und Lesern ins Gespräch zu kommen. Erwartet wird ebenfalls der Chefredakteur der großen linken Tageszeitung „neues deutschland“, Tom Strohschneider. *K. G.*



Foto: Kathrin Gerlof

Bürgersprechstunden

- **Evrin Sommer**, Wahlkreis 1, ☎ 23 25 25 59, nach telefonischer Vereinbarung
- **Wolfgang Albers**, Wahlkreis 2, ☎ 23 25 25 51, nach telefonischer Vereinbarung
- **Marion Platta**, Wahlkreis 3, ☎ 23 25 25 50, 15. August, 17 Uhr, LiBeZem, Rhinstraße 9 G
- **Sebastian Schlüsselburg**, Wahlkreis 4, ☎ 0157/83 55 81 39, 22. August, 17 Uhr, UNDINE, Hagenstraße 57
- **Katrin Lompscher**, Wahlkreis 5, ☎ 23 25 25 08, 13. August, 17 Uhr, KULTSchule, Sewanstraße 43
- **Harald Wolf**, Wahlkreis 6, ☎ 23 25 25 07, nach telefonischer Vereinbarung

Wir kommen auch gern zu Versammlungen von Ortsverbänden, BO oder zu Kiezveranstaltungen. **Ladet uns ein!**

Fünf Fragen an einen Italienreisenden



Der Verein „Zivilcourage vereint“, dem Gesine Löttsch vorsteht, organisiert seit vielen Jahren einen Wettbewerb für junge Menschen zum Thema „Antifaschismus in Europa“. Robert Schneider (4. v. l.) hat in diesem Jahr einen der besten Beiträge eingereicht und war deshalb Teilnehmer an einer Antifa-Reise nach Italien. „info links“ hat ihm fünf Fragen gestellt:

● **Mit welchem Beitrag hast du dich für den Wettbewerb beworben?**

Beworben hatte ich mich mit einem Beitrag über den Lebensweg meines Opas, vornehmlich zu seinem Kampf gegen den deutschen Faschismus. Sozialdemokratisch geprägt und ab 1932 Mitglied der SPD, leistete er aktiv Widerstand gegen die Errichtung und den Ausbau der faschistischen Diktatur sowie gegen den Krieg, wodurch er mehrmals verhaftet und misshandelt wurde. Als Lehre aus der faschistischen Diktatur setzte er sich nach dem Krieg in seinem Heimatort Essen für die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien SPD und KPD ein, weshalb er 1946 aus der SPD ausgeschlossen wurde.

Kontakt

Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Löttsch** ist erreichbar über das

- Bürgerbüro, Ahrenshooper Straße 5, 13051 Berlin, ☎ 99 27 07 25, oder im Bundestag, ☎ 22 77 17 87; E-Mail: gesine.loetzsch@wk.bundestag.de

- **Sprechstunde:** 28.8., 17 Uhr, Bürgerbüro, Ahrenshooper Straße 5 **Ladet sie in Basis- und Bürgerveranstaltungen ein!**

Die Reisegruppe mit Enrico Pieri (3. v. l.), der sich im Mai 1944 unter dem Decknamen „Willi“ der Resistenza anschloss. Er sagt: „Letztlich musste man eine Entscheidung fällen: Setzt man sich zur Wehr und versucht diesen Krieg zu bekämpfen oder zog man für die Faschisten in den Krieg.“

Wegen arbeitsrechtlicher Benachteiligungen zog er 1954 mit seiner Familie in die DDR, wo er viel zu früh 1979 mit 65 Jahren verstarb.

● **Was hast du in der Schule über den Faschismus in Italien gelernt?**

Der italienische Faschismus wäre an unsere Schule wohl gar nicht behandelt worden, hätten wir nicht mit dem Geschichtskurs eine Fahrt nach Italien unternommen. Im Vordergrund standen dabei die Entstehung der faschistischen Bewegung und ihr Weg zur Macht sowie die Beteiligung Italiens im Zweiten Weltkrieg – eher schematisch wurde dabei auf die Partisanenbewegung eingegangen.

Allerdings besuchten wir neben Denkmälern für die italienischen Soldaten auch ein Denkmal für die Opfer eines SS-Massakers, wodurch ein erster prägender Eindruck über die deutsche Besatzungspolitik entstand.

● **Was hat dich bei der Reise am meisten beeindruckt?**

Ohne Frage die Begegnungen mit den Überlebenden der Massaker. Nicht nur, dass so ein authentischer und erschütternder Einblick in die schlimmen Verbrechen gegeben wurde, auch bewegte mich das offene und herzliche Auftreten der Überlebenden uns gegenüber und ihr geschilderter Aussöhnungsprozess mit Deutschland vor dem Hintergrund, den Aufbau eines friedlichen und geeinten Europas mit voranzutreiben.

● **Kannst du die Reise anderen jungen Leuten empfehlen?**

Selbstverständlich! Die Begegnung und Auseinandersetzung mit Geschichte und vor allem der eigenen Geschichte ist wichtig, um für die Zukunft daraus Schlüsse zu ziehen. So kann man einiges über die Auswirkungen und Folgen der faschistischen Diktaturen lernen, wodurch auch eine aktive Auseinandersetzung mit neofaschistischen Bewegungen gefördert wird. Neben dem geschichtlichen Aspekt bleibt allerdings noch genug Raum, andere Kulturen und neue Leute kennenzulernen und sich mit diesen über die verschiedensten Themen auszutauschen.

● **Wie wirst du dich nach der Reise für Antifaschismus engagieren?**

Die Reise hat mich darin bestärkt, mich noch stärker aktiv gegen faschistische Bewegungen und Strömungen in Alltagssituationen einzusetzen. Das heißt vor allem, mehr gegen rassistische Tendenzen und Vorurteile in gesellschaftlichen Bereichen aufzubegehren und sich faschistischen Kundgebungen und Aufmärschen noch entschlossener entgegenzustellen, um ein Ausbreiten und ein Erstarken dieser verbrecherischen Ideologie zu verhindern. *Klaus Singer*

Zahl des Monats: 12

Die Kanzlerin will den Solizuschlag behalten, die FDP will ihn abschaffen. Diese Steuer bringt jährlich 12 Mrd. Euro in die Bundeskasse. Doch in die neuen Länder fließen 2013 nur 6,5 Mrd. Euro, 2019 nur noch 2,1 Mrd. Und 2020 ist dann Schluss mit dem Solizuschlag. Die Kanzlerin will auf 12 Mrd. Euro Steuereinnahmen nicht verzichten.

DIE LINKE auch nicht – allerdings findet sie es nicht gerecht, dass ca. 70 Prozent des Solizuschlags aus der Lohnsteuer stammen. Die Unternehmen wurden 2001 (SPD-Grüne-Regierung) und 2008 (CDU-SPD-Regierung) durch Unternehmenssteuerreformen auch beim Solizuschlag entlastet.

DIE LINKE will die Körperschaftssteuer wieder auf 25 Prozent anheben und damit auch den Solizuschlag der Unternehmen. Denn viele Unternehmen haben vom Solizuschlag durch staatliche Aufträge profitiert. Häufig floss das Geld über Ostdeutschland direkt in die Kassen westdeutscher Unternehmen. Es gibt also keinen Grund, diese Unternehmen steuerlich zu entlasten.

Quelle: Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 17/10933



Steht die KULTschule vor dem Aus?



Foto: Jörg Rückmann

Friedrichsfelde. Der Lichtenberger Kulturverein will aus finanziellen Gründen das Stadtteilzentrum Lichtenberg-Mitte sowie die Verwaltung der Kultschule zum 31. Dezember aufgeben.

Der Rathauschef wertet die Ankündigung als Hilferuf. Eine Kündigung sei das bislang nicht, sagte Geisel. Als Träger der KULTschule verwaltet der Kulturverein das Gebäude, eine ehemalige Schule, und betreibt das dort beheimatete Stadtteilzentrum. Weitere acht Vereine sind Mieter in der Kultschule: der „SC Borussia 1920 Friedrichsfelde“, das „Zimmertheater“ und das Theater „Coram Publico“, der russische Verein „Lyra“, die „Vereinigung der Vietnamesen in Berlin und Brandenburg“, der „Schachclub Friesen“, der Bewegungskindergarten „Wolkenschaf“ sowie die gemeinnützige GmbH Jugendhilfe in Lichtenberg.

Das langsame Verschwinden der Zielgruppe, vor allem aber eine veränderte Bundesgesetzgebung haben den Verein und mit

Die KULTschule in der Sewanstraße 43 ist die Heimstatt für mehrere Vereine.

ihm die KULTschule in Schieflage gebracht. Bisher hatte das Jobcenter für die Einrichtung 23 „Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung“ (MAE), also Ein-Euro-Jobs und entsprechende Sachmittel, bewilligt. Letztere fallen heute geringer aus. Das bedeutet: Die Betriebskosten können nicht mehr aufgebracht werden. Eine Umlage auf die Mieter ist nicht möglich.

Der Bezirk hält an der KULTschule fest, sagte Andreas Geisel. Man sei im Dialog mit Jobcenter und Kulturverein, um nach neuen Finanzierungsmodellen zu suchen.

Für eine Sanierung des 1963 errichteten und 2002 umgestalteten, heute aber „äußerst maroden“ Gebäudes hat der Bezirk kein Geld. Acht bis zehn Mio. Euro müssten dafür aufgewandt werden, eine Summe die der Bezirk lieber in neue Schulen und Kitas investieren möchte.

Karen Noetzel

info links

Herausgeber

DIE LINKE – Landesvorstand Berlin
Redaktionskollektiv, V.i.S.d.P. Kathrin Gerlof

Adresse der Redaktion

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE
Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: (030) 512 20 47

Fax: (030) 51 65 92 42

E-Mail: lichtenberg@die-linke-berlin.de

Web: www.die-linke-lichtenberg.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion. Keine Haftung oder Abdruckgarantie für unverlangt eingesandte Beiträge.

Redaktionsschluss für Ausgabe 6/13: 2.8.2013

Die nächste Ausgabe erscheint am 5.9.2013

Abgabeschluss für Texte und Fotos: 23.8.2013

Druck: Druckerei Bunter Hund

Gestaltung: Jörg Rückmann

Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.

Kultur im Bezirk

- **Freitag, 23.8., 19.30 Uhr**
„Traumspuren einer Sommernacht“, (nach Shakespeare); Landschaftspark Herzberge und Museum Kesselhaus, Eintritt: 16/11€, Schüler 7€
- **Sonntag, 24.8., 10 Uhr**
Wasserfest in der Rummelsburger Bucht; Hauptstraße, Festwiese, Info: 89 62 25 52
- **Sonntag, 25.8., 18 Uhr**
Uraufführung: „Klein Zaches genannt Zinnober“, ein Märchen von E. T. A. Hoffmann; Theater an der Parkaue
- **Freitag, 30.8., 16 – 24 Uhr**
Jugendkulturtag Lichtenberg, mit Bands, Breakdance u. v. m.; Jugendfreizeiteinrichtung Steinhaus, Schulze-Boysen-Straße 10, Info: 559 21 44
- **Sonntag, 31.8., 20 Uhr**
Konzert mit dem Sheridan Ensemble „Grenzenlose Musik“; Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112
- **Sonntag, 7.9., 19 Uhr**
Sommer-Jazz im Bigband-Sound; Max-Taut-Aula, Fischerstraße 36, Eintritt: 7€
- **Sonntag, 8.9., 17 Uhr**
Jubiläumskonzert zum 300. Geburtstag von Johann L. Krebs; Kirche zur frohen Botschaft, Weseler Straße 6
- **Donnerstag, 12.9., 19 Uhr**
„Reporterstück: Ein Journalistenleben“, Lesung mit Lother Zoller; E.-E.-Kisch-Bibliothek, Frankfurter Allee 149
- **Dienstag, 17.9., 10 Uhr**
„Bei der Feuerwehr wird der Kaffee kalt“; Das Weite Theater, Parkaue 23
- **Freitag, 27.9., 19 Uhr**
„Meine Lehrerin, Dr. Dora Lux“, Lesung und Gespräch mit Hilde Schramm; studio im hochhaus, Zingster Straße 25
- **Sonntag, 28.9., 11 Uhr**
„Der Gutspark Lichtenberg“, Stadtpaziergang mit Rotraut Simons; Treffpunkt Möllendorff-/Ecke Josef-Orlopp-Straße, 3€, Info: 553 22 76
- **Ausstellungen**
→ Horst Schrade, Karikaturen, Eröffnung: Donnerstag, 22.8., 19 Uhr; Galerie OstArt, Giselastraße 12, noch bis 2.10.
→ „Baulust und Farbenrausch“, Arbeiten aus Kinderkursen, Eröffnung: Freitag, 23.8., 18 Uhr; Jugendkunstschule, Demminer Straße 4, noch bis 4.10.
→ Bertold Bartsch (Malerei), Sylvia Hagen (Skulpturen), Eröffnung: Mittwoch, 28.8., 19 Uhr; Galerie 100, Konrad-Wolf-Straße 99, noch bis 9.10.